

1. August-Ansprache 2015 in Bivio

Stefan Engler, Ständerat Graubünden

Angesichts der Vielzahl an Fragen, die uns beschäftigen und gestellt werden müssen, ist es nicht ganz leicht heute am Nationalfeiertag eine stimmige Rede zu halten.

Was uns aktuell stark - etwa wie auf die wechselkursbedingt verminderte Wettbewerbsfähigkeit von Teilen unserer Wirtschaft reagiert werden kann, was die Konsequenzen unseres Ja für weniger Einwanderung wirklich sind, wie hoch unsere Bereitschaft ist, das Flüchtlingselend auf der Welt zu lindern, was höher zu gewichten ist das Landes- oder das Völkerrecht oder was an innerstaatlichem Ausgleich zumutbar ist - lässt sich nicht so auf die Schnelle beantworten. Auch den Streit zwischen Geschichtswissenschaft und Politik darüber, ob Morgarten und Marignano uns bis zum heutigen Tag Vorbild sein müssten oder nicht und was für Schlüsse wir aus unserer Geschichte ziehen sollen, können wir ruhig auf später verschieben.

Bivio ist aber ein guter Ort, um sich ein paar Gedanken darüber zu machen, was die Stärke unser Landes ist und was uns zusammen hält. An der *Wegscheide* zwischen Julier und Septimer gelegen, sprechen die Bivianer drei *Sprachen*, besuchen zwei Kirchen und haben sich vor kurzem für eine gemeinsame *Zukunft* in der neu formierten Gemeinde Surses entschieden. Noch im Norden und doch den Atem des Südens spürend. Bivio als Symbol für einen Ort also, der es immer wieder geschafft hat, Grenzen zu überschreiten und sich auf Neues einzulassen.

Ein Land, ein Kanton, oder am Beispiel von Surses eine Gemeinde mit drei Sprachen ist aufwändig zu organisieren. Man könnte sich womöglich viel Geld damit sparen, in den Schulen Englisch als Zweitsprache zu lernen oder amtliche Verlautbarungen nur in einer Sprache abzufassen. Auch die Fernsehgebühren würden niedriger, wenn wir nicht auch noch einen Kanal für die Rätoromanische Schweiz hätten. Wer so denkt,

sieht vielleicht die Kosten nicht aber den Wert der Zusammengehörigkeit.

Dieser liegt -wie ihn die Präambel unserer Verfassung so treffend beschreibt- „... **im Willen, in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben....**“.

Es mag ja nicht immer einfach sein, zwischen starrköpfigem Eigensinn und lohnender Verschiedenartigkeit zu unterscheiden. Was für die Natur gilt, nämlich dass Vielfalt immer Reichtum bedeutet, gilt in besonderem Masse auch für das gemeinschaftliche Zusammenleben in Graubünden und in unserem Land.

So betrachtet ist Bivio an der Gabelung von Alpenpässen und Gebirgstälern gelegen, tatsächlich Beispiel und Symbol für das Modell eines „globales Dorfes für erkundungsfreudige Grenzgänger“, wie es Prof. Thürler in seinem Sprachmanifest „Von Bivio bis Babylon“ umschrieben hatte. Ein Dorf, das einlädt, das eine oder andere zu erkundigen.

II.

Viele Menschen sorgen sich. „Die Jungen haben Angst vor dem Abstieg“, las ich diese Woche in einer Zeitung. Sie würden sich von einem befristeten Arbeitsvertrag zum nächsten hangeln. Immer mit der Angst im Nacken zu scheitern, die Stelle zu verlieren und gesellschaftlich abzustiegen. Den Traum vom eigenen Haus und Auto müssten sich selbst tüchtige Leute heutzutage abschminken.

Ausdruck dieser Sorge ist auch die Annahme mehrerer wachstumskritischer Initiativen in den letzten Jahren:

Der Zweitwohnungs-Initiative, der Zuwanderungs-Initiative und beispielsweise der Olympiade-Abstimmung bei uns. Die Erklärung, das sei Ausdruck von Stimmungsdemokratie greift wohl zu kurz. Es ist die Sorge vieler, vom Tempo überfordert zu sein und abgehängt zu werden; die Sorge vor einem Verlust der hierzulande noch intakten Natur. Vor allem auch die Furcht vor einem Verlust von Heimat und Zugehörigkeit. **Dass immer**

schneller und immer mehr eine gute Zukunft versprechen, daran glauben immer weniger Menschen.

Diese Ängste sind ernst zu nehmen. Aber nicht, indem wir opportunistisch das Ende jeder wirtschaftlichen Entwicklung verkünden, Wachstum verteufeln oder etwa das Bauen verbieten.

Schon gar nichts anzufangen, weiss ich mit dem Volksbegehren für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle. Ich möchte nicht, dass meine Kinder in eine Gesellschaft leben, in der Jede und Jeder vom Staat zum lebenslänglichen Berufsrentner gemacht wird. Das Versprechen eines ständigen Staatsunterhalts würde zum Motivations- und Energiekiller für manche Jugendlichen, nicht für alle, aber es wäre ein gesellschaftlicher Anreiz zu einer Null-Bock-Grundhaltung mit verpassten Lebenschancen.

Ernst zu nehmen sind diese Sorgen, indem wir innovativ, gemeinsam und pragmatisch Lösungen suchen. So, wie es der Erfolgsweg der Schweiz immer war. Dazu gehört auch, die Widersprüche nicht zu ignorieren, die sich offenbaren. Denn die Ansprüche jedes Einzelnen in unserem Land sind nicht etwa kleiner geworden. Im Gegenteil.

Mehr Wohnraum - und trotzdem mehr Grünflächen.
 Mehr Kulturland - und trotzdem bessere Mobilität.
 Mehr Nachhaltigkeit - und trotzdem auch zukünftig günstige Energie, eine tadellose Infrastruktur, Wohlstand und sichere Arbeitsplätze.

Unter solch widersprüchlichen Bedingungen das Kunstwerk Schweiz weiter zu gestalten, ist eine gewaltig Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Und dies ganz speziell in einer Phase, in der durch die Frankenstärke auf der einen Seite und die Unsicherheit hinsichtlich des Verhältnisses mit Europa auf der anderen die wirtschaftliche Prosperität in Frage gestellt wird.

Die Selbstverständlichkeit, mit welcher der wirtschaftliche Erfolg von vielen betrachtet wurde, ist jedenfalls definitiv vorbei. Die Gründe dafür kennen sie.

Viele Ereignisse, die nicht bei uns stattfinden, bewegen uns dennoch, weil sie unglaubliche Betroffenheit wecken und weltweite Folgen haben. Die Havarie im Kernkraftwerk

Fukushima, die ungebremsten Migrationsströme oder die instabilen Wechselkurse - sind letztlich Ausdruck einer zusammenwachsenden Welt, die geprägt ist von Abhängigkeiten, wechselseitiger Betroffenheit und all gegenwärtiger Verletzlichkeit.

Wir sind uns einig: Gerade in unserer globalisierten und technologisierten Welt ist es nötig, Komplexität -simplify nennen es die manager- zu reduzieren. Wir wissen aber auch: Vereinfachungen können gefährlich sein. Wer die Welt allzu simpel einteilt in richtig und falsch, in Entweder- Oder, in die Guten und die Bösen - der macht es sich allzu leicht. Und der wird schnell zum Spielball von Populisten. „Nicht jene bringen die Schweiz voran, die links und rechts maximal gegensteuern. Gefragt sind Überzeugungstäter, die sich einig sind, dass unsere föderalen, regionalen und sozialen Eigenarten wieder sorgsamer ausbalanciert werden sollten“, schreibt die NZZ gestern verbunden mit dem Aufruf zum **Comeback der der Kompromissbereitschaft**. Zutreffender hätte man es nicht sagen können.

Es gibt Fragen, denen wir mit einem simplen Schwarz-Weiss-Muster nicht gerecht werden. Nehmen wir als Beispiel unser Verhältnis zur EU:

Die Verunsicherung nach dem Ja unserer Bevölkerung zur Masseneinwanderungsinitiative ist unangenehm, sie hat auch konkrete wirtschaftliche Folgen: Der Wirtschaftsstandort Schweiz ist für Schweizer Unternehmen ebenso wie für Ausländische derzeit mit Unsicherheiten verbunden - und das wirkt sich negativ aus auf die Investitionsbereitschaft und auf das wirtschaftliche Klima generell.

Die Schweiz hat immer wieder gezeigt, dass sie in entscheidenden Momenten pragmatisch vorgeht - das gilt gerade auch in ihrem Verhältnis zu Europa.

Die Schweizer Geschichte war nie eine Geschichte der Isolation und der Abschottung. Sie war immer eine Geschichte der geschickten Bündnisse.

Dabei dürften die, die für uns verhandeln durchaus etwas selbstbewusster auftreten - warum nicht die Griechen dafür als Beispiele nehmen, wohlverstanden nur für die nach aussen demonstrierte Abgeklärtheit. Sie sollten nicht ausser acht

lassen, dass bspw. unsere Nachbarn etwa ein sehr konkretes Interesse daran haben, dass die insgesamt 300'000 Grenzgänger/-innen weiterhin in der Schweiz arbeiten können.

Die Wirtschaft hat in den letzten Wochen und Monaten verschiedentlich angekündigt, und das ist die gute Nachricht, statt der Einwanderung das inländische Potenzial besser nutzen zu wollen. Ich sehe hier eine grosse Chance für Wirtschaft und Gesellschaft, nämlich indem sie:

genug Lehrstellen für die jungen Leute in unserem Land anbietet;;

indem sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert und damit den Zugang der Frauen in den Arbeitsmarkt;

indem sie Anstrengungen zur Weiterbildung der Arbeitnehmenden unternimmt;

und indem sie den über 50-jährigen Arbeitnehmern wieder mehr Wertschätzung und Sicherheit vermittelt.

In ganz Afrika gibt es Hunderttausende von Universitätsabgängern, die nicht gemäss ihrer Bildung gebraucht werden, aber kaum Elektriker, Mechatroniker oder Spengler, die dem heutigen Standard der Technik gerecht werden. Die Entwicklungspolitik hat vergessen, dass Arbeitsmarktintegration für junge Leute entscheidend ist für die Stabilisierung einer Gesellschaft und längerfristig für die Verhinderung von Migration.

Kaum verwunderlich, wenn als Folge dieser Perspektivenlosigkeit Flüchtlingsströme über das Mittelmeer europäisches Festland erreichen. Selbst erfahrene Experten sind bezüglich konkreter Lösungen beinahe hilflos. Man müsse die gescheiterten Staaten in Afrika stabilisieren, wird häufig gefordert - aber wie? Oder man müsse den Armutsflüchtlingen in ihrem Herkunftsland eine wirtschaftliche Perspektive geben - aber wodurch? Durch Arbeit.

Die Frage, ob es in unserem Land ein Recht auf Asyl geben soll oder nicht, verträgt hingegen kein Lavieren, wo an Leib und Leben bedrohte Menschen vor Waffengewalt und Terrorregime flüchten. Sie einfach im Stich zu lassen, würde auch nicht zur

Tradition unseres Landes passen. Allein im Mittelmeer sind im letzten Jahr etwa 3500 Personen ertrunken. Auf jeden Flüchtling, der es an die europäische Küste schafft, kommen unzählige, die ertrinken. Wie viele es genau sind, werden wir nie wissen. Dass vor der europäischen Küste Menschen auf der Flucht ihr Leben verlieren, darf uns nicht gleichgültig lassen.

Eine faire Asyl- und Migrationspolitik benötigt aber Regeln. Regeln bedeuten auch Einschränkungen und Prioritäten, damit diejenigen Schutz finden, die ihn am dringendsten benötigen.

III.

Nirgendwo sonst auf der Welt haben die Bürgerinnen und Bürger so viel Macht und so viel Verantwortung wie in unserem Land. Genau das gefällt mir an unserer Demokratie: Sie ist mutig. Sie traut uns allen viel zu. Denn die Tatsache, dass neben dem Bundesrat und dem Parlament bei uns auch die Bürgerinnen und Bürger Verantwortung tragen, Einfluss nehmen und sich beteiligen – das schafft Nähe und das schafft Identität. Und genau darauf sind wir Menschen angewiesen. Das war schon immer so, das ist heute mit der Globalisierung noch stärker so.

Leicht wird das sicher nicht. Aber unsere Ausgangslage ist gut, nebst soliden staatlichen Strukturen verfügen wir über innovative, dynamische Firmen, über gut ausgebildete, engagierte Mitarbeitende und über vorteilhafte wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen und eine kaum vergleichbare Qualität der Vorsorge. Deshalb bin ich überzeugt: Wir schaffen das. Mit etwas Mut und Zuversicht. Mit dem Willen zum Gestalten. Mit dem Blick nach vorne. Gemeinsam.